

Zeitschrift: Judaica : Beiträge zum Verstehen des Judentums
Herausgeber: Zürcher Institut für interreligiösen Dialog
Band: 21 (1965)

Rubrik: Notizen zum Zeitgeschehen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Amen we-amen, ds wer war,
ds bitn mir dich vun herzn.
640 amen, ds es geschach ds jar,
ds *galuth* laß uns nit men schmerzn,
da mit mir dich ebig lobn dar
un' dein *thora* un' *mizwoth* kannen as der bessr haltn,
amen sagt ir jungn un' ir altn.»

NOTIZEN ZUM ZEITGESCHEHEN

Gegen die Rassendiskriminierung

In ihrer Thronrede hat Königin Elisabeth ein Rassengesetz angekündigt, das zugunsten der Farbigen in Großbritannien erlassen werden soll. Die Farbigen sollen, sofern aus den Ländern des Commonwealth stammend, Gleichberechtigung erhalten. Im Rahmen dieses Gesetzes wird auch der Schutz gegen antisemitische Diskriminationen gegeben sein.

Eine neue Synagoge in Würzburg

Der Stadtrat von Würzburg hat beschlossen, die gesamten Kosten von ca. 350 000 DM für den Bau einer Synagoge zu übernehmen. Die israelitische Kultusgemeinde hatte nur um einen Beitrag an diesen Bau ersucht.

In Würzburg leben heute etwa 100 Juden, die meisten im Altersheim. Vor 1933 mögen es etwa 3000 gewesen sein. Es ist geplant, die Synagoge mit dem jüdischen Altersheim zu verbinden und ihr rund 60 Plätze für Männer und 40 für Frauen zu geben. Es wird gesagt, dieser Beschuß sei «jenseits aller politischen und juristischen Wiedergutmachungsüberlegungen» gefaßt worden.

50 Jahre Joint

Im Oktober hat das American Jewish Joint Distribution Committee, kurz Joint genannt, das Jubiläum seines 50jährigen Wirkens feiern können. Dieses Werk der Solidarität des amerikanischen Judentums gegenüber al-

ler jüdischen Not hat in all den Jahren etwa 3,5 Milliarden Schweizerfranken für Hilfe an rund 4 Millionen Juden in 76 Ländern ausgegeben. 623 724 Personen hat der Joint zur Auswanderung hauptsächlich aus europäischen Staaten geholfen. Über 500 000 jüdische Flüchtlinge erreichten mit der Hilfe des Joint Israel. Diese gewaltigen Summen wurden von Millionen einzelner Spender aufgebracht.

Vom zweiten Vaticanum

Die dritte Session des zweiten vatikanischen Konzils ist zu Ende gegangen. Das vielbesprochene und hart umkämpfte Schema über die Juden konnte noch nicht verabschiedet werden. Es ist eine vierte und letzte Session vorgesehen im laufenden Jahr.

Israelische Frauen militärdienstpflichtig

Aus den Kreisen der religiös Orthodoxen ist dem israelischen Parlament der Gesetzesantrag eingebracht worden, daß inskünftig Frauen vom Militärdienst zu befreien seien. Neben religiösen wurden dafür auch soziale, wirtschaftliche und militärische Gründe ins Feld geführt. Die Regierung ließ mitteilen, daß

die Frage ernsthaft geprüft worden sei. Man halte jedoch die Zeit noch nicht für reif, um auf die Frauen im Heeresdienst verzichten zu können. Das Parlament lehnte hierauf die Gesetzesvorlage ab.

20 Jahre hernach

In ganz Italien fanden Feiern statt zur Erinnerung an die Deportation jüdischer Menschen vor 20 Jahren. Innenminister Taviani überreichte der Union der jüdischen Gemeinde eine Urkunde zum Andenken an den jüdischen Mut in den Tagen der Besetzung. Etwa 2000 Juden sollen in den Abteilungen der Partisanen tätig gewesen sein.

Mit der Zustimmung aller

Die im Jahre 1957 gegründete «Gesellschaft Schweiz-Israel», welche sich die Förderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zur Aufgabe gemacht hat, wählte als Nachfolger von Prof. Erich Bickel, Zürich, den Genfer Staatsrat Jean Treina zum Präsidenten. Dieser sagte bei Anlaß seiner Wahl, man könne nicht oft genug wiederholen, daß das jüdische Volk mit der Zustimmung aller Mitgliedstaaten des Völkerbundes (gemeint war die

Uno) in seine alte Heimat zurückgekehrt sei. Er mahnte auch zur Wachsamkeit, damit nicht jene, die unentwegt an die Vernichtung Israels denken, durch Lieferungen aus der Schweiz in ihren aggressiven Rüstungen unterstützt werden.

Einmal so — einmal so!

Eine heikle Angelegenheit stellt gegenwärtig die Normalisierung der deutsch-israelischen Beziehungen dar. Während vor einigen Jahren, als man über dieses Thema sprach, die Hemmungen auf der Seite Israels lagen, scheint man heute in der Bundesrepublik nicht über die wünschbare Freiheit zu verfügen, um die nötigen Schritte zu tun. Jedenfalls will man in Bonn erst den Besuch Nassers vorübergehen lassen, welcher im März des laufenden Jahres stattfinden soll.

Jüdischer Aufbau in der Diaspora

Auch das gibt es. Er ist nicht so augenfällig wie derjenige in Israel. Aber er ist da und setzt sich aus tausend kleinen Ereignissen zusammen, die über die ganze Erde zerstreut da und dort in der Stille geschehen. Ein solches Ereignis möchten wir

den Einsatz eines Rabbiners in Debrecen nennen, der kürzlich stattgehabt hat. Debrecen, das einmal viele bedeutende Rabbiner besaß, hat während der letzten 30 Jahre keinen Rabbiner mehr gehabt. Am 11. Oktober 1964 ist Imre Sahn, ein Absolvent der Budapester Rabbinerschule, feierlich zum Rabbiner der jüdischen Gemeinde von Debrecen eingesetzt worden. Auch die reformierten Theologen und Geistlichen der Stadt haben an diesem Ereignis teilgenommen.

Parlamentswahlen in Israel

Das Jahr 1965 wird für Israel ein Wahljahr sein. Die Abgeordneten ins Parlament (Knesseth) sind wieder zu wählen. Es bestehen bereits Pläne, die die Vereinigung der drei Arbeiterparteien Mapai, Achdut Haawoda und Mapam zu bezeichnen. Ob dies sobald schon gelingen wird, ist allerdings fraglich.

Schacholympiade in Tel Aviv

In der Zeit vom 2. bis 25. November 1964 fand in Tel Aviv die 16. Schach-Olympiade statt. Den Gewinnern wurden goldene, silberne und bronzenen Medaillen verliehen.

40 Jahre Universität Jerusalem

Die Universität von Jerusalem hat ihr 40. Tätigkeitsjahr eröffnet. Inzwischen ist die Zahl der Studenten auf 10 000 angewachsen. Auch an dieser Hochschule herrscht Raumangst. Vor allem die naturwissenschaftlichen Abteilungen haben Studenten zurückweisen müssen. Bestehende Entwicklungsprogramme stoßen auf finanzielle Schwierigkeiten.

Johnson Präsident

Die Wahl Johnsons zum Präsidenten der Vereinigten Staaten ist von den jüdischen Kreisen Amerikas im allgemeinen mit Befriedigung zur Kenntnis genommen worden. Die rechtsradikale Anhängerschaft Goldwaters mußte viele Juden mit Besorgnis erfüllen und ins Lager Johnsons treiben.

Um das Schächten

Nach den geltenden Vorschriften ist in Deutschland das «betäubungslose Schlachten» — gemeint ist das Schächten — zugelassen. Auf Grund einer Eingabe des «Bundes gegen den Mißbrauch der Tiere» und des «Landesverbandes Bayrischer Tierschutzvereine» hatte sich der

Rechts- und Verfassungsausschuß des Bayrischen Landtages mit der Frage des Schächten zu befassen. Da die ganze Frage von eminent politischer Bedeutung ist, soll sie vorerst in den Fraktionen zur Behandlung kommen. Zugunsten eines Schächtverbotes wurde unter anderem das Beispiel der Schweiz angeführt.

Verjährung der Naziverbrechen

In allen zivilisierten Ländern kann nach Ablauf von 20 Jahren niemand mehr wegen einer Gesetzesübertretung bestraft werden, selbst wenn es sich um ein sogenanntes Kapitalverbrechen handeln sollte. Nachdem von kompetenter Seite verlautete, daß man im Falle der Naziverbrechen von dieser allgemeinen Norm nicht abweichen könne, hat Simon Wiesenthal den Vorschlag gemacht, es solle bei allen Naziverbrechen für die Berechnung der Verjährung nicht vom Jahr 1945, sondern vom Jahr 1949 ausgegangen werden.

Gegen 17 Metzger

in Paris ist Klage erhoben worden, weil sie nichtkoscheres Fleisch als koscher verkauft haben sollen. Die Metzger, die fast

alle in Quartieren geschäften, wo es verhältnismäßig viele Flüchtlinge aus Nordafrika gibt, bestreiten jegliche Schuld und geben an, daß sie sich nach den rituellen Schlachtmethoden und Riten der Rabbiner aus Nordafrika richten würden.

Späte Sühne

Ein 80jähriger Franzose, der während des letzten Krieges eine jüdische Familie denunziert hatte, so daß diese deportiert wurde, um nicht wieder zurückzukehren, wurde von einem Pariser Gericht zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Man hatte ihn erst vor kurzem aufgefunden, nachdem er während 20 Jahren ausgeschrieben war.

Christen bauen eine Synagoge

In Villeurbanne bei Lyon ist eine Synagoge eingeweiht worden, die von Christen erbaut wurde. In nahezu zweijähriger Arbeit hat eine Gruppe von jungen Deutschen im Rahmen der «Aktion Sühnezeichen» dieses jüdische Gotteshaus errichtet.

Eine Broschüre wird eingestampft

Der Kardinal-Erzbischof von Wien verfügte die Vernichtung einer Broschüre über die Legende einer Hostienschändung

durch die Juden in der Kirche von Pulkau in Niederösterreich.

Nutzlose Reden

Anlässlich des Besuches von Präsident Eschkol bei de Gaulle soll dieser die Kriegsreden gewisser arabischer Staaten als nutzlose Reden bezeichnet haben. Hinter diesem Kriegsschrei stehe gar nichts, meinte der General. Es bestehe keine Kriegsgefahr im Mittleren Osten. Israel habe sich zu einer gut fundierten Realität entwickelt und sei von den meisten Ländern der Welt anerkannt und von vielen bewundert um seiner Erfolge willen. Die Araber hätten den Bus verpaßt.

Ein jüdischer Studenten-Seelsorger

Die jüdischen Gemeinden Frankreichs haben beschlossen, für die Union der jüdischen Studenten in Frankreich einen jüdischen Geistlichen zu bestellen. Dieser soll versuchen, die jüdischen Studenten in einen besseren Kontakt zu den jüdischen Gemeinden zu bringen.

In Israel illegal

In Israel haben Araber eine eigene arabische Partei gegründet unter dem Namen «El Ard».

Diese anerkennt wohl den israelischen Staat, aber nicht seine heutigen Grenzen. Nachdem bekannt wurde, daß die «El Ard» an die Uno ein Memorandum gesandt habe, in welchem diese ein ungeteiltes Palästina und das Selbstbestimmungsrecht für die ganze arabische Bevölkerung Israels forderte, hat die Knesseth diese Partei als illegal erklärt.

Ein Mauthausen-Museum

Der österreichische Ministerrat beschloß, in Mauthausen ein Museum zu errichten. Dieses soll über die Errichtung des Konzentrationslagers, seine Einrichtungen, die Lebensbedingungen der Häftlinge, ihr Leiden und Sterben und schließlich über die Befreiung der Überlebenden im Jahre 1945 Aufschluß geben.

Die jüdische Schuld

Der Arabische Evangelische Kirchenrat hat sich mit einer Erklärung, die durch den Rundfunk in den arabischen Ländern weite Verbreitung bekam, gegen den «Versuch christlicher Führer im Westen» gewandt, die Juden von der Schuld an der Kreuzigung Christi freizusprechen. Der Arabische Kirchenrat beruft sich dabei auf die «klare, von der

göttlichen Offenbarung diktierte Lehre des Evangeliums». Man fragt sich, welche Führer damit gemeint sein mögen. In New Delhi hat sich der Weltkirchenrat zur Sache wie folgt geäußert: «In der christlichen Unterweisung sollten die geschichtlichen Tatsachen, die zur Kreuzigung Jesu führten, nicht so dargestellt werden, daß sie dem jüdischen Volk von heute eine Verantwortung auferlegen, die uns, der Menschheit als Ganzes, zur Last fällt und nicht einer einzelnen Rasse oder Gemeinschaft. Juden waren die ersten, die Jesus annahmen, und Juden sind nicht die einzigen, die ihn noch nicht anerkennen.»

Noch und noch Hakenkreuze

An die Türen der Matthäuskirche in Frankfurt a. M. sind neulich Hakenkreuze gemalt worden. Es wurde eine nicht-abwaschbare Farbe verwendet. Es scheint, daß die Schmiererei mit dem 10. Nachtrinitatis-Sonntag zusammenhängt, an welchem in einigen Kirchen Deutschlands alljährlich des Volkes Israel gedacht wird.

Auch in Österreich Nazi-Prozesse

In Österreich hat eine Reihe von Naziprozessen begonnen.

Franz Novak, dereinst führendes Mitglied des SS-Kommandos in Budapest, wird beschuldigt, die Deportation von 400 000 Juden aus Ungarn organisiert zu haben. Seit 15 Jahren lebte er unter falschem Namen in Wien. Auch Erich Rajakowitsch soll vor Gericht kommen. Ihm wird zur Last gelegt, daß er in Holland die Verhaftungen und Deportationen von Juden organisiert habe. Ebenso soll er Rechtsberater Eichmanns in Prag und Wien gewesen sein.

Rückzug der deutschen Wissenschaftler

An einer Pressekonferenz erklärte der deutsche Bundeskanzler Erhard, daß es keine gesetzlichen Mittel gebe, um der Arbeit deutscher Wissenschaftler in Ägypten Einhalt zu gebieten. Er bedaure, daß es solche Leute gebe. Seither scheint man aber auf andere Weise den «Rank» gefunden zu haben. Jedenfalls ist inzwischen der Rückzug der deutschen Wissenschaftler, die im Dienste der Aufrüstung Naspers gegen Israel standen, gemeldet worden.

Auszug aus Marokko

Zahlreiche jüdische Geschäftsleute und Handwerker schicken

sich an, ihre Betriebe zu liquidieren. Sie erhalten Pässe, mit denen sie in jedes beliebige Land auswandern können, also auch nach Israel. Die Opposition ist damit gar nicht einverstanden und weist darauf hin, daß sich die Arabische Liga bemühe, in anderen Ländern Auswanderungsverbote nach Israel zu erwirken. Marokko helfe so den Juden, Devisen nach Israel zu bringen.

Synagogentore aus Kairo

Die massiven, kunstvoll geschnitzten Tore der Maimonides-Synagoge sind aus Kairo nach Israel verbracht worden und sollen im Neuen Museum von Jerusalem aufgestellt werden. Der Versand erfolgt auf dem Umweg über ein europäisches Land.

Auch General de Gaulle sollte helfen

Dr. Wiesenthal, bekannt unter dem Namen «Eichmann-Jäger», sandte an den französischen Staatschef, General de Gaulle, während er in Paraguay zu einem Staatsbesuch weilte, ein Telegramm: «Millionen Menschen in der ganzen Welt werden ihnen dankbar sein, wenn Sie bei Ihrem Besuch in Paraguay Präsident Strößner bewegen könn-

ten, den Massenmörder und blutigen KZ-Arzt von Auschwitz, Dr. Josef Mengele, der Gerechtigkeit zu überliefern.» Gleichzeitig gab Dr. Wiesenthal die Adresse und den falschen Namen an, dessen sich Dr. Mengele gegenwärtig zu bedienen scheint.

Die Stimme der Philatelisten

Die Schweizer Israel-Philatelisten tagten am 13. September in Zürich und haben bei dieser Gelegenheit die nachstehende Resolution gefaßt: «Mit Bedauern und Befremden hat die Generalversammlung des Schweizerischen Vereins der Israel-Philatelisten davon Kenntnis genommen, daß sich 43 Schweizer Firmen der VAR (Vereinigten Arabischen Republik) gegenüber verpflichtet haben, mit Israel sämtliche Handelsbeziehungen abzubrechen. Es ist betrüblich, daß sich diese schweizerischen Exponenten der Wirtschaft dazu hergegeben haben, dem Verlangen Ägyptens nach einem Boykott Israels stattzugeben. Wir betrachten diese Handlung eines Demokraten und Eidgenossen als unwürdig.»

Sie sollen es büßen

Die jordanische Regierung hat beschlossen, gegen die Konzils-

väter Strafmaßnahmen zu treffen, die auf dem Vatikanischen Konzil für die Erklärung gestimmt haben, wonach das jüdische Volk als Ganzes nicht für die Kreuzigung Jesu verantwortlich sei. Der jordanische Ministerpräsident teilte dies im Parlament mit und verlangte gleichzeitig, daß der Papst eine Verkündigung der Erklärung ablehnen möge.

Martin Buber zu Ehren

Professor Martin Buber wurde von der amerikanischen Organisation «Freunde von Albert Schweitzer» mit der Albert-Schweitzer-Medaille ausgezeichnet.

Vom religiös-liberalen Judentum

Die Vereinigung für religiös-liberales Judentum hielt in Bern eine Tagung ab, an der auch von der religiös-liberalen Bewegung in anderen Ländern berichtet wurde. Man erfuhr, daß in den USA die liberalen Gemeinden auf 650 angestiegen seien und zusammen 200 000 Familien umfaßten. Diese würden von etwa 1000 Rabbinern betreut. In England gebe es über 40 Gemeinden, und in Holland habe es welche in Den Haag, Amsterdam und Arnhem. In Israel sei das Inter-

esse für das religiös-liberale Judentum im Steigen; die Leo-Baeck-Schule in Haifa sorgt dort für Nachwuchs. Liberale Rabbiner würden heute ausgebildet im Hebrew Union College in Cincinnati, am Institut International d'Etudes Hebraïque in Paris und im Leo-Baeck-College in London.

Warnung

Die Internationale Union der Widerstandskämpfer und der

Deportierten hat eine Resolution zur Frage der Verjährung von Naziverbrechen angenommen. Darin wird von der Bundesregierung eine Wiedererwägung ihrer Stellungnahme gefordert. Gleichzeitig wird auf die Gefahr hingewiesen, die von den in vielen Teilen der Welt tätigen Naziorganisationen ausgehe. Die Regierungen seien zu veranlassen, Maßnahmen gegen den sich neu organisierenden Nazismus zu ergreifen.

REZENSIONEN

JOSEPH L. BLAU und SALO W. BARON: *The Jews of the United States 1790 to 1840, A Documentary History*. Columbia University Press, New York and London 1963, The Jewish Publication Society of Amerika, Philadelphia 5724. 3 Bände, 144 S.

Weit mehr als die Hälfte des jüdischen Volkes lebt heute in der englischsprechenden Welt, vor allem in den USA. Es versteht sich darum von selbst, daß die zeitgenössische jüdische Literatur vorwiegend in englischer Sprache geschrieben wird. Ein Beispiel mehr ist hiefür das geschichtliche Werk, das wir hier den Lesern unserer Zeitschrift anzeigen dürfen. Es handelt sich um eine repräsentative Darstellung der Geschichte der Juden in den Vereinigten Staaten von Amerika, um eine Geschichte in Dokumenten, bei der die verbindenden Texte verhältnismäßig wenig Raum einnehmen. Getragen ist sie von der Überzeugung, daß die Geschichte der Juden in Amerika sowohl Teil der Geschichte des jüdischen Volkes als auch Teil der Geschichte Amerikas ist. Die vorliegende Sammlung teils offizieller, teils privater Dokumente aus den Jahren 1790—1840 ist darum für Leute, die sich für amerikanische Geschichte interessieren, ebenso interessant wie für jene anderen, denen vor allem die Geschichte des jüdischen Volkes am Herzen liegt. Wir sind überzeugt, daß sie auch bei den des Englischen Kundigen der alten Welt aufmerksame Beachtung und Liebhaber finden wird.

R. B-r.